Das Buch in der Diskussion

vbw – Vereinigung der bayerischen Wirtschaft e.V. (Hrsg.)
Bildungsgerechtigkeit
Jahresgutachten 2007
(VS Verlag für Sozialwissenschaften) Wiesbaden 2007, 179 Seiten, 24,90 EUR, ISBN 978-3-531-15266-0, als PDF zum Download unter www.aktionsrat-bildung.de

Theo W. Länge:

Vor gut einem Jahr, zum Sommer 2006, hat das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) seine Studie über „Bildungsarmut und Humankapitalschwäche in Deutschland“ vorgelegt und damit – trotz der Konzentration auf schulpolitische Fragen – eine Herausforderung benannt, die gerade auch die Weiterbildung betrifft. Das zeigte etwa das Bonner DIE-Gespräch im Juni 2006, bei dem die Konzertierte Aktion Weiterbildung (KAW) eine Diskussion mit dem IW-Mitarbeiter Dr. Hans-Peter Klös führte (vgl. den Kommentar in Außerschulische Bildung 2/06). Bildungsarmut, die ihr zu Grunde liegende und von ihr reproduzierte soziale Ungerechtigkeit sowie die zu ergreifenden Maßnahmen waren ebenfalls entscheidende Gesichtspunkte im Gutachten des „Aktionsrats Bildung“, einem auf Initiative der vbw entstandenes Expertengremium, das sich zum Ziel gesetzt hat, auf der Basis von Expertisen die Situation im deutschen Bildungswesen zu bewerten. Die Autoren halten gleich in den einleitenden Bemerkungen fest, „dass der Bildungsstatus der deutschen Bevölkerung insbesondere im Hinblick auf die demografische Entwicklung als besonders prekär eingeschätzt werden muss.“ (S. 12) Nicht zuletzt die internationalen Vergleichsstudien hätten „die fehlende Bildungsgerechtigkeit in Deutschland“ als „das zentrale Problem“ herausgestellt, „das weit über das Bildungssystem hinausweist.“ (S. 11) Dies entspricht dem Diskussionsstand der breit gefächerten Weiterbildungslandschaft, in der zunehmend Nachdruck auf das Problem sozial „abgehängter“, „prekärer“ Bevölkerungsgruppen gelegt wird.

Das Gutachten dokumentiert ausführlich den Ist-Stand der Bildungsungerechtigkeit, wobei die „hohe Selektivität“ des deutschen Bildungswesens vor allem im Blick auf ihre soziale Verzerrung kritisiert wird: „Die Selektion findet nicht über Leistungsfähigkeit statt.“ (S. 12) Leitender Gedanke für ein Umsteuern des Bildungssystems sind Frühförderung und kompensatorische Maßnahmen, die die Beteiligung der gesamten Bevölkerung am Prozess des lebenslangen Lernens gewährleisten sollen. Hier ist in grundsätzlicher Weise die Weiterbildung betroffen: Wenn sich durch die rigide schulische Auslese von vorneherein eine Gruppe von Bildungsverlierern bildet und wenn sich das Schulversagen in einer Rollenzuschreibung der Individuen verfestigt, entstehen die immer wieder beklagten „bildungsfernen Schichten“, die sich gegenüber den Angeboten einer zweiten Chance oder des selbstgesteuerten Lernens als resistent erweisen. Das Gutachten macht damit auf Probleme aufmerksam, die auch von den Weiterbildungsträgern zur Sprache gebracht werden: die ungewöhnlich niedrige Bildungsbeteiligung im weiteren Lebensverlauf, die Zugangsbarrieren bzw. Privilegien bei der Fort- und Weiterbildung, die sozialen Selektionskriterien, die im quartären Sektor ebenfalls wirksam sind.

Erfreulich ist zudem, dass über die berufliche Weiterbildung, die sonst im Mittelpunkt des

wirtschaftlichen Interesses steht, hinaus gedacht wird: „Nicht nur die berufliche, sondern auch die allgemeine Weiterbildung ist gekennzeichnet durch eine soziale Ungleichheit von Nutzung des Angebots bzw. der Chance für eine Teilnahme an Weiterbildung." (S. 68) So kommen in den abschließenden Bewertungen und Empfehlungen des Aktionsrats Überlegungen zum Zuge, die in allgemeiner Form auch Erfordernisse der politischen Weiterbildung thematisieren. Erfolgreich sei ein Bildungssystem nur dann, „wenn ein hohes Kompetenzniveau bei geringer Heterogenität gute Qualifikationsvoraussetzungen für die Wirtschaft und den gesellschaftlichen Diskurs mit sich bringt." (S. 135) Hier wird eindeutig auf Kompetenzen gezielt, die sich nicht allein in beruflicher Verwertbarkeit erschöpfen, sondern die soziale und politische Dimension einbeziehen. Dies findet seine Fortsetzung in den Handlungsempfehlungen an die Adresse der Politik, die die Bildungsbeteiligung explizit als Voraussetzung dafür werten, „am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können" (S. 145).

Ein wichtiger Punkt, der die außerschulische politische Bildung direkt betrifft, sei zum Schluss noch angesprochen. Das Gutachten hält die flächendeckende „Einführung der Ganztagsschule mit qualitativ hochwertigem Unterricht und qualitativ hochwertigen außerunterrichtlichen Angeboten" für „ein prioritäres Ziel der Bildungspolitik" (S. 151). Die Gemeinsame Initiative der politischen Jugendbildung (GEMINI), die im Bundesausschuss Politische Bildung (bap) angesiedelt ist, hat hier mit ihrem Projekt „Politik & Partizipation in der Ganztagsschule" einschlägige Erfahrungen gesammelt und ist zu ähnlichen Forderungen gelangt (vgl. Helle Becker in: Praxis Politische Bildung 2/07). Demnach sollte den Partnern – Schule und außerschulischen Trägern – größtmögliche Freiheit in der individuellen, träger-, schul- und zielgruppengerechten Ausgestaltung der Angebote gewährt werden. Wenn die vom Aktionsrat betonte Stärkung der Schulautonomie in Richtung einer solchen pädagogischen Handlungsfreiheit geht – und nicht bloß eine Privatisierung und „Verbetriebswirtschaftlichung" des Schullebens meint –, kann die allgemeine und politische Weiterbildung solche Positionen ebenfalls vorbehaltlos unterstützen.

Mona Motakef:

Der von der Vereinigung der bayrischen Wirtschaft initiierte „Aktionsrat Bildung" widmet sich in seinem ersten Gutachten dem Thema der Bildungsgerechtigkeit. Der Aktionsrat setzt sich aus sieben Wissenschaftlern zusammen, von denen einige maßgeblich bei den internationalen Bildungsvergleichsstudien wie TIMMS und PISA beteiligt waren. In ihren „Handlungsempfehlungen an die Politik" formulieren die Experten eine grundlegende Reform des Bildungssystems, in der Privatisierung und Schulautonomie die zentralen Steuerungskategorien bilden. Vor allem wegen des Vorschlags befristete Stellen für Lehrerinnen und Lehrer einzuführen, ist das Gutachten bereits stark in die Kritik geraten.

Die Frage nach Bildungsgerechtigkeit wirft auch Gender-Perspektiven auf: Was für genderbezogene Aspekte werden in dem Gutachten für das Bildungssystem genannt und welche Strategien für Geschlechtergerechtigkeit werden entwickelt?

Der Kategorie Geschlecht kommt in dem Gutachten weder eine Schlüsselrolle zu, noch wird das Zusammenwirken von Geschlecht mit weiteren Kategorien wie der sozialen Herkunft oder einem Migrationshintergrund in die Analyse einbezogen. Auf Geschlechterdifferenzen in Bildungsverläufen wird in einigen Abschnitten eher hingewiesen. Im Kapitel zu Heterogenität zum Beispiel werden die PISA-Ergebnisse referiert, der zufolge Jungen und Mädchen unterschiedliche Kompetenzen entwickeln. Mädchen haben bekanntlich Jungen gegenüber einen Vorsprung in ihrem Leseverständnis, Jungen dagegen erreichen etwas bessere Ergebnisse in Mathematik. In den Naturwissenschaften lassen sich Kompetenz-Unterschiede nicht statistisch absichern. Geschlechterunterschiede werden ebenfalls in Bezug auf die Motivation und das Selbstkonzept beobachtet. Bei gleicher Kompetenz schätzen Mädchen ihre Fähigkeit schlechter ein und äußern öfter Angstgefühle als Jungen. Die geringere Lesekompetenz von Jungen verlangt nach Erklärungen und Maßnahmen, so der Aktionsrat. Es verwundert, dass die Autoren an dieser Stelle die Fährte nicht weiter verfolgen. Es findet sich weder ein Verweis auf die Befunde und Ansätze der seit mehr als vier

Jahrzehnten existierenden gender-sensitiven Schulforschung, noch eine Handlungsempfehlung für die Implementierung von Jungen- und Mädchengruppen in die Schulstruktur.

Ähnliches lässt sich in Bezug auf die Ausführungen zur Berufsausbildung feststellen: Der Aktionsrat verweist auf Befunde, dass junge Frauen, obwohl sie bessere Schulabschlüsse vorweisen, im dualen System unterdurchschnittlich repräsentiert sind. Für sie ist die Bandbreite an Ausbildungsberufen eingeschränkter als für junge Männer. Zudem entscheiden sie sich häufiger für „Sackgassenberufe" mit geringen Aufstiegschancen. Auch hier verzichtet der Aktionsrat darauf, Befunde der Gender-Forschung über Geschlechterstereotype in der Berufswahl zu diskutieren sowie auf eine Handlungsempfehlung, die darauf zielt, die Ausbildungswahl von ihrer geschlechtlichen Segregation zu befreien.

Der Weiterbildung messen die Autoren angesichts dauerhafter Massenarbeitslosigkeit und einer abnehmenden Zahl qualifizierter Arbeitskräfte eine hohe Bedeutung bei. Kritisiert wird zu Recht, dass der Zugang zu Angeboten betrieblicher oder überbetrieblicher Weiterbildung nicht nur an die Qualifikation der Arbeitskräfte gekoppelt wird. Arbeitslose, wenig qualifizierte Personen und ältere Menschen nehmen in geringerem Maße als Erwerbstätige die Angebote der beruflichen Weiterbildung wahr, jüngere Menschen und hoch qualifizierte. Bildungsdefizite werden durch Weiterbildung nicht ausreichend kompensiert, sondern im Gegenteil: Bildungsunterschiede werden stabilisiert. Von Weiterbildung profitieren insbesondere privilegierte Erwerbspersonen. Hier kommt auch das Geschlechterverhältnis zum Tragen: Frauen nehmen seltener als Männer an Weiterbildungen teil, was der Aktionsrat nicht dem Entscheidungsverhalten von Frauen anlastet, sondern davon ausgeht, dass diese eingeschränkte Zugangschancen haben. Von Weiterbildung profitieren vor allem junge männliche Führungskräfte und qualifizierte kaufmännische und technische Angestellte.

Mit dem Kapitel zu „Erfolgen und nicht intendierten Effekten höherer Bildungsbeteiligungen von Frauen" widmet sich das Gutachten eingehend der Auswirkung von Bildungspolitik auf Familienbildungsprozesse. Hier, und dies ist bei familienpolitischen Fragen ärgerlich, geraten die Frauen im Gutachten ins Zentrum und die Männer verschwinden. Die verbesserten Bildungschancen von Frauen lesen sich zwar als Erfolgsgeschichte, so die Experten, sie haben jedoch auch nicht-intendierte Effekte nach sich gezogen wie eine geringe Geburtenrate bei hoch qualifizierten Frauen. Der hieraus resultierenden Forderung nach einem breiten Ausbau und einer Verbesserung von Betreuungsangeboten von kleinen Kindern ist vorbehaltlos zuzustimmen. Man muss jedoch keine ausgewiesene Feministin sein, um sich darüber zu wundern, dass hoch qualifizierte Männer in der Familienpolitik gar nicht adressiert werden.

Aus der Geschlechterperspektive muss sich das Gutachten den Vorwurf gefallen lassen, dass die rein deskriptive Ebene nicht verlassen wird. Die Verteilung von männlichen und weiblichen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen im Bildungssystem sowie ihre eingeschränkten Zugänge werden zwar deutlich, Erklärungen für die Schieflagen bleiben jedoch meist im Unklaren. Dies ist umso bedauerlicher, als die gender-sensitive Schulforschung hierzu bereits erste Antworten und Vorschläge für Gegenmaßnahmen entwickelt hat. Dass die Autoren Befunde der Gender-Forschung ausklammern, keine eigenen Antworten auf die Frage nach dem Warum formulieren und dennoch Handlungsempfehlungen für die Politik ableiten, überzeugt kaum.

Erich Ribolits:

Bildungsgerechtigkeit – so lautet der viel versprechende Titel des ersten Jahresgutachtens des „Aktionsrates Bildung", der aus sieben renommierten – erstaunlicherweise allerdings durchweg männlichen – deutschen Bildungswissenschafter besteht. Der Aktionsrat hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Entwicklung des deutschen Bildungssystems jährlich in einen Bericht zu analysieren und Reformvorschläge vorzulegen. Im Jahresgutachten 2007 werden insbesondere die Schwächen des deutschen Bildungssystems hinsichtlich der Vermittlung der erforderlichen Basiskompetenzen für eine erfolgreiche Bewältigung beruflicher und gesellschaftlicher Anforderungen sowie die sozial bedingten Disparitäten im Bildungssystem ana-

lysiert und entsprechende Verbesserungsvorschläge vorgelegt.

Umfangreich wird die unterschiedliche Bildungsteilhabe verschiedener Bevölkerungsgruppen belegt und neben dem unzureichend gegebenen Leistungsstand der Schulabsolvent/inn/en als Hauptdefizit des deutschen Bildungssystems angeführt. Soziale Herkunft, Migrationshintergrund und Geschlecht (neuerdings zu Ungunsten männlicher Heranwachsender) konterkarieren die Selektion entlang kognitiver Leistungskriterien in einem Maß, dass es den Autoren als wesentliches Ziel erscheint, im Bildungswesen neben einer Erhöhung des allgemeinen Kompetenzniveaus auch Maßnahmen zur Reduzierung der benachteiligenden Wirkung der sozialen Heterogenität zu treffen. Gleich am Anfang ihre Analyse stellen sie allerdings klar, dass sich ihre Forderung nach Bildungsgerechtigkeit nicht aus einem – wie sie es nennen – „Alltagsverständnis von Gerechtigkeit" begründet, das am „Anspruch sozialer Gleichheit" orientiert ist; ihr Ziel sei bloß die Herstellung von Gleichheit innerhalb der Konkurrenz.

Das Kriterium, unter dem das deutsche Bildungssystems durchleuchtet und Verbesserungen entwickelt werden, ist unmittelbar aus der Konkurrenzprämisse moderner Gesellschaften abgeleitet. Die fehlende Bildungsgerechtigkeit in Deutschland wird aus dem Fokus einer an individueller Leistung orientierten Gerechtigkeitsvorstellung kritisiert, der entsprechend allen Gesellschaftsmitgliedern gleiche Startchancen im ergebnisoffenen Wettbewerb um knappe Güter und Positionen eingeräumt werden soll. In diesem Wettbewerb soll einzig die kognitive Leistung entscheiden, alle sollen hinter der gleichen Linie starten und niemand soll durch leistungsfremde Mechanismen am sozialen Aufstieg gehindert werden. Soziale Ungleichheit wird in dieser Vorstellung als Resultat individueller Anstrengungen begriffen und als solche auch ausdrücklich bejaht.

Für die Mitglieder des Aktionsrats ordnet sich der Wissenserwerb in Schule und Ausbildung einzig diesem einen Zweck der Erhöhung von Wettbewerbsvorteilen unter. Die in großer Zahl vorgebrachten Vorschläge für den Umbau des Bildungswesens setzen durchweg am Argument der für verschiedene Bevölkerungsgruppen aktuell unterschiedlich gegebenen Chancen an, sich im Bildungswesen das Rüstzeug für den Kampf um attraktive soziale Positionen verschaffen zu können. Und das Chancengleichheitsargument ist seinerseits wieder fest verankert in der heute generell und bei jeder nur erdenklichen Gelegenheit vorgebrachten Behauptung vom Wettbewerbsnachteil der Wirtschaft, der im Fall eines unzureichend gegebenen Ausschöpfens der Begabungsreserven droht. Auch für den Aktionsrat ist die fehlende Bildungsgerechtigkeit genau aus diesem Grund „eine schwere Hypothek" für Deutschland. Von der Vorstellung, dass Bildung einen ergebnisoffenen Prozess bezeichnet, der wesentlich mit der Befähigung zum kritischen Hinterfragen – selbstverständlich auch ökonomischer Rahmenbedingungen – zu tun hat und sich Bildung nicht darin erschöpft, ökonomischen Verwertungsvorgaben zu entsprechen, scheinen die Mitglieder des Aktionsrates wenig zu halten. Im Jahresgutachten findet sich jedenfalls kein Hinweis darauf, dass Schule zum Hinterfragen der allumfassenden Verwertungsprämisse, die unter dem Stichwort »Wissensgesellschaft« auch das Bildungswesen immer fester in den Griff nimmt, befähigen soll. Die Autoren machen keinen Unterschied zwischen Bildung und Qualifizierung – wenn sie von Bildung sprechen, meinen sie das Funktionieren innerhalb von Zwängen, nicht die Fähigkeit diese hinterfragen und den Mut für Gegenvisionen entwickeln zu können.

In diesem Sinn lesen sich die Vorschläge des Aktionsrates über weite Strecken als Vorstoß zur Durchsetzung größtmöglicher Wirtschaftsfreundlichkeit und einer weiteren Verbetriebswirtschaftlichung des Bildungswesens. Dies ist auch nicht weiter erstaunlich angesichts der Tatsache, dass der Aktionsrat ein Ableger der von Arbeitgeberseite finanzierten „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft" ist. Erstaunlich ist vielleicht nur, dass sich der Aktionsrat als ein „politisch unabhängiges" Gremium präsentiert.

„Das Buch in der Diskussion" online

Diskutieren Sie mit und schreiben Sie Ihren Kommentar zum Buch auf www.report-online.net unter Recherche/Das Buch in der Diskussion.